

Newsletter Dezember 2011

Inhalt:

- Zum Jahresende
- Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012 - EEG-Härtefallregelung
- Rückerstattung der Ökosteuern im Sinne des Stromsteuergesetzes und dem Energiesteuergesetz
- DIN EN ISO 50001:2011: Energiemanagementsysteme - Anforderungen mit Anleitung zur Anwendung (ISO 50001:2011); Deutsche Fassung
- Jährliche Untersuchung auf Legionellen in Trinkwasserinstallationen durch den Inhaber bzw. Betreiber

Liebe Kunden und Freunde,

unser Weihnachts-Rundschreiben mit den regelmäßigen Hinweisen auf wichtige Aspekte in unseren Umwelt- und Arbeitssicherheits-Themen beginnen wir traditionell mit einem Weihnachtsgruß.

(Schon) wieder ist ein Jahr vergangen und wir hoffen, dass wir Ihnen auch in diesem turbulenten, leider oft von Unsicherheit und Orientierungslosigkeit in der Weltpolitik und auf den Finanzmärkten geprägten Jahr zumindest in unseren Arbeitsgebieten weiterhelfen konnten. Wir haben ein anstrengendes, aber erfolgreiches Geschäftsjahr hinter uns, in dem wir unser zwanzigjähriges Jubiläum gefeiert haben, zwei neue Mitarbeiter integriert haben, mit unserem Kollegen Reinhard Siekmann den ersten „Verrentungsfall“ in der Firmengeschichte hatten und zahlreiche neue Themen bearbeitet haben. Zu den wichtigsten Arbeitsgebieten zählten in diesem Jahr die Energiemanagementsysteme, die gerade in kleinen und mittleren Unternehmen an Bedeutung gewinnen.

Hier konnten wir mit unserer Beratungsarbeit vielen Kunden helfen, Energieeffizienzpotentiale zu heben und damit gleichzeitig Kosten zu senken.

Leider hat auch der Weltklimagipfel in Durban vor zwei Wochen kein klares Ergebnis gebracht, so dass die alte Regel *„Ist die Christnacht hell und klar, deutet's auf ein gutes Jahr“* mehr und mehr zu dem etwas humoristischen, leider aber auch zynischen *„Ist es grün zur Weihnachtsfeier, fällt der Schnee auf Ostereier“* wird - ein Blick aus dem Fenster genügt.

Wir werden weiter daran wirken, dieser Tendenz mit unserer Arbeit ein wenig gegensteuern zu können.

Auf Weihnachtspräsente verzichten wir auch in diesem Jahr und unterstützen den Braunschweiger Selbsthilfe Verein für körperbehinderte Kinder „KöKi e.V.“ und ein Familien-Selbsthilfeprojekt in Nepal (LiScha Himalaya e.V.) mit einer Spende.

Wir wünschen allen Kunden und Freunden der AGIMUS GmbH ein besinnliches Weihnachtsfest, kraftvollen Start 2012 mit Gesundheit und Glück auf allen Wegen.

Erneuerbare-Energien-Gesetz 2012 - EEG-Härtefallregelung

Mit Beschluss des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 2011 (BT-Drucks. 17/6363) wurde die EEG-Novelle 2012 verabschiedet. Das Gesetz wird zum 1. Januar 2012 in Kraft treten.

Im EEG 2012 hat sich u.a. der § 41 hinsichtlich der besonderen Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen geändert. Hintergrund ist, dass besonders stromintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes im Rahmen einer Ausgleichsregelung eine Begrenzung ihrer EEG-Umlage gegenüber dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) beantragen können (derzeit liegt die EEG-Umlage ohne Begrenzung bei 3,53 ct/kWh).

Durch die Änderung im EEG 2012 wurde der Schwellenwert zur Begrenzung der EEG-Umlage von 10 GWh auf 1 GWh je Abnahmestelle gesenkt. Das Verhältnis der Stromkosten zur Bruttowertschöpfung muss allerdings mindestens 14% betragen, um die Regelung zur Begrenzung überhaupt in Anspruch nehmen zu können.

Unternehmen mit einem Stromverbrauch > 1 GWh/a und < 10 GWh/a müssen im Rahmen des Antragsverfahrens kein zertifiziertes Energiemanagementsystem nachweisen. Hier wird allerdings nicht auf die Abnahmestelle Bezug genommen, sondern das Unternehmen als ganzes betrachtet.

„Unternehmen, die mit keiner ihrer einzelnen Abnahmestellen über 10 Gigawattstunden kommen, mit mehreren Abnahmestellen insgesamt jedoch einen Stromverbrauch von mehr als 10 Gigawattstunden haben, müssen (...) ebenfalls eine Zertifizierung des Energieverbrauchs und dessen Energieverbrauchsminderungspotentiale nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 EEG nachweisen.“

Aus diesem Grund müssen Unternehmen mit einem Stromverbrauch > 10 GWh/a ein Zertifikat für Energiemanagementsysteme gemäß der DIN EN ISO 50001 (optional ist auch eine Zertifizierung/Validierung gemäß EMAS) nachweisen.

Für das Geschäftsjahr 2013 muss der Antrag auf Begrenzung am 30. Juni 2012 mit allen sonstigen erforderlichen Unterlagen eingereicht werden. Zu diesem Zeitpunkt gelten bereits die Neuregelungen des EEG 2012.

Weitere Regelungen, insbesondere zum Übergangsjahr, können aus den Merkblättern der BAFA entnommen werden.

(http://www.bafa.de/bafa/de/energie/besondere_ausgleichsregelung_eeg/index.html)

Neues BAFA-Merkblatt II. A 1, Stand 15.12.2011

Aufgrund der Novellierung des EEG ist das Merkblatt II. A 1. „Untermerkblatt zur Zertifizierung des Energieverbrauchs und der Energieverbrauchsminderungspotenziale“ ebenfalls revidiert worden. Kernpunkte des aktuellen BAFA-Merkblattes sind:

- Die Übergangsregelung für das Antragsjahr 2012 bleibt ohne Änderung bestehen. Unternehmen, die bis zum 31. Dezember 2011 eine separate EEG-Zertifizierung nach dem BAFA-Merkblatt bzw. den Nachweis einer Zertifizierung nach ISO 14001 mit Zusatzerklärung

des Zertifizierers durchgeführt haben, benötigen für die Antragsstellung zum 30. Juni 2012 keine separate Zertifizierung eines Energiemanagementsystems.

- Für die zukünftigen Beantragungen der EEG-Härtefallregelung gilt, dass ein DIN EN ISO 50001-Zertifikat im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr bzw. Antragsjahr vor dem 30. Juni des jeweiligen Antragjahres ausgestellt sein muss; alternativ gilt die EMAS-Registrierungsurkunde. Diese Änderung bedeutet, dass beispielsweise bei Unternehmen, bei denen das Geschäftsjahr gleich Kalenderjahr ist, im Antragsjahr 2013 ein Zertifikat (EMAS oder ISO 50001) aus dem Zeitraum 1. Januar 2012 bis 30. Juni 2013 eingereicht werden kann.
- Zertifikate nach der DIN EN 16001 werden akzeptiert. Das Ausstellungsdatum darf aber spätestens der 24. April 2012 sein, da zu diesem Zeitpunkt diese Norm zurückgezogen und durch die DIN EN ISO 50001 ersetzt wird.
- Die bisherigen inhaltlichen Vorgaben des BAFA-Merkblattes zur Erfassung der Energieträger, der Energie verbrauchenden Anlagen und Geräte sowie der Bewertung der Einsparpotenziale gelten nur für separate EEG-Zertifizierungen im Rahmen der Übergangsfrist. Zukünftig sind nur noch die inhaltlichen Vorgaben der DIN EN ISO 50001 maßgeblich.

Rückerstattung der Ökosteuern im Sinne des Stromsteuergesetzes und dem Energiesteuergesetz

Die Ökosteuern bestehen aus der Stromsteuer sowie der Energiesteuer. Die EU-Kommission hat die Steuervergünstigungen der deutschen Wirtschaft im Rahmen der Öko-Steuer bis zum 31. Dezember 2012 genehmigt. Die entsprechende Richtlinie fordert, dass die Betriebe des produzierenden Gewerbes für zukünftige Steuervergünstigungen eine entsprechende Gegenleistung erbringen müssen. Die Bundesregierung wird ab 2013 Steuervergünstigungen bzgl. der Energie- und Stromsteuer nur noch gewähren, wenn die Betriebe einen Beitrag zu Energieeinsparungen leisten. Der Nachweis der Einsparung kann durch die zertifizierte Protokollierung von Energiemanagementsystemen oder durch andere gleichwertige Maßnahmen erfolgen.

Hier werden derzeit Übergangsregelungen diskutiert, wann protokollierte Energiemanagementsysteme vorliegen müssen. Grundsätzlich gibt es einen Entwurf des Bundesministeriums für Finanzen zur Fortführung der energiesteuerlichen Entlastungen nach 2012. Darüber muss der Begriff der „gleichwertigen“ Maßnahme ebenfalls noch konkretisiert werden.

DIN EN ISO 50001:2011: Energiemanagementsysteme - Anforderungen mit Anleitung zur Anwendung (ISO 50001:2011); Deutsche Fassung

Am 1. Dezember 2011 wurde die deutsche Version der weltweit einzigen Norm zur Zertifizierung von Energiemanagementsystemen - die DIN EN ISO 50001:2011 - veröffentlicht. Sie ersetzt die DIN EN 16001:2009, die zum Stichtag 24. April 2012 zurückgezogen wird.

Neuerungen gegenüber der DIN EN 16001:2009 sind marginal. Die Norm wurde hinsichtlich der Nummerierung komplett überarbeitet sowie neue Begrifflichkeiten mit aufgenommen („Energieleistungskennzahlen“, energetische Ausgangsbasis“, „energetische Bewertung“).

Bestehende Zertifikate für DIN EN 16001:2009 werden zum 24. April 2012 ungültig und müssen auf der Grundlage eines Überwachungsaudits auf die DIN EN ISO 50001:2011 umgestellt werden. Dazu müssen die mit der Umstellung einhergehenden Änderungen des EnMS vollständig mit den Angaben der technischen Dokumente in der Auditdokumentation belegt sein.

Jährliche Untersuchung auf Legionellen in Trinkwasserinstallationen durch den Inhaber bzw. Betreiber

Rechtliche Grundlage

Die Pflicht zur Durchführung entsprechender Untersuchungen ergibt sich aus der Trinkwasserverordnung, die sich am 3. Mai 2011 geändert hat. Diese Änderung trat zum 1. November 2011 in Kraft.

In § 14 Abs. 3 sind die Untersuchungspflichten geregelt.

Untersuchungspflichten

Der Unternehmer und der sonstige Inhaber einer Wasserversorgungsanlage nach § 3 Nr. 2 Buchstabe e¹:

- in der sich eine Großanlage zur Trinkwassererwärmung nach der Definition der allgemein anerkannten Regeln der Technik befindet² **und**
- sie Trinkwasser im Rahmen einer gewerblichen³ oder öffentlichen⁴ Tätigkeit abgeben **und**

¹ Anlagen der Trinkwasser-Installation, aus denen Trinkwasser aus einer Anlage nach Buchstabe a (zentrale Wasserwerke) oder Buchstabe b (dezentrale kleine Wasserwerke) an Verbraucher abgegeben wird; z.B. die Trinkwasser-Installation in jedem Unternehmen.

² Entsprechend der technischen Regel des DVGW W 551 handelt es sich um Anlagen mit einem Speichervolumen von mehr als 400 Litern und/oder drei Litern in jeder Rohrleitung zwischen Ausgang des Trinkwassererwärmers und der Entnahmestelle.

³ Unter gewerblicher Tätigkeit versteht die Trinkwasserverordnung, wenn das gezielte Zurverfügungstellen von Trinkwasser unmittelbar (Trinken oder Waschen) oder mittelbar (Zubereitung von Speisen) durch ein Entgelt (z.B. Miete) abgegolten wird.

⁴ Unter öffentlicher Tätigkeit versteht die Trinkwasserverordnung die Abgabe an einen unbestimmten, wechselnden und nicht durch persönliche Beziehungen verbundenen Personenkreis (z.B. Kindergärten, Schulen, Justizvollzugsanstalten).

- die Duschen oder andere Einrichtungen enthalten, in denen es zu einer Vernebelung des Trinkwassers kommt,

haben das Wasser durch

- ergänzende systemische Untersuchungen an mehreren repräsentativen Probeentnahmestellen⁵
- auf den in Anlage 3 Teil II festgelegten Parameter⁶

zu untersuchen oder untersuchen zu lassen.

Beispiel

Anlagen ohne Duschen unterliegen damit nicht der generellen Untersuchungspflicht. Hierzu zählen Bürogebäude oder Kaufhäuser, in denen ausschließlich Toiletten und Waschräume versorgt werden.

Duschen in Bürogebäuden, eine Arztpraxis oder ein Autohaus mit Duschen für die Mitarbeiter fallen ebenfalls nicht unter die generelle Untersuchungspflicht im Rahmen der Trinkwasserverordnung, da hier keine gewerbliche Tätigkeit im Sinn der TrinkwV vorliegt. Das Trinkwasser wird nicht unmittelbar oder mittelbar zielgerichtet bereitgestellt.

Dagegen fällt ein Fitnessstudio (mit Duschen für die Trainierenden) unter die Untersuchungspflicht, wenn eine Großanlage in der Trinkwasserinstallation vorhanden ist.

Umfang und Häufigkeit der Untersuchungen

Der Umfang und die Häufigkeit der Untersuchungen bestimmen sich nach Anlage 4 Teil II Buchstabe b: Der Parameter Legionella spec. ist mindestens einmal jährlich zu untersuchen.

Der Unternehmer und der sonstige Inhaber einer Wasserversorgungsanlage haben gemäß § 14 Absatz 6 die Untersuchungen durch eine Untersuchungsstelle durchführen zu lassen, die in einer aktuell bekannt gemachten Landesliste gelistet ist.

Bundesland	Internetadresse Landesliste
Baden-Württemberg	http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Trinkwasserueberwachung/26230.html
Bayern	http://www.lgl.bayern.de/lgl/aufgaben/ueberwachung.htm
Berlin	http://www.berlin.de/lageso/gesundheits/trinkwasserhygiene/trinkwasserueberwachung.html
Brandenburg	http://www.mluv.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.293009.de
Bremen	http://www.gesundheit-in-bremen.de/
Hamburg	http://www.hamburg.de/trinkwasser/

⁵ Bei der Erstuntersuchung des Installationssystems werden Warmwasserproben an mindestens drei Stellen im Gebäude entnommen. In der Regel werden Proben am Trinkwassererwärmer (Aus- und Eintritt) und an Steigsträngen jeweils an Stellen entnommen, an denen eine rasche Vermehrung von Legionellen am ehesten zu erwarten ist. Solche Stellen sind entweder besonders weit vom Trinkwassererwärmer entfernt oder werden nur selten genutzt. In der Regel werden Waschbecken beprobt.

⁶ Spezielle Anforderungen an Trinkwasser in Anlagen der Trinkwasser-Installation: Technischer Maßnahmenwert für den Parameter Legionella spec. beträgt 100 KBE/100 ml (= Verhältnis der Anzahl von Kolonie bildenden Einheiten der Legionellen (KBE) pro 100 ml).

Hessen	http://www.hsm.hessen.de/irj/HSM_Internet?cid=249fa9264c76283cfd88574513cb10d
Mecklenburg-Vorpommern	http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/sm/_Service/Publicationen/index.jsp?&publikid=1104
Niedersachsen	http://www.nlga.niedersachsen.de/portal//search.php?_psmand=20&gS=1&q=trinkwasser+liste&searchMode=0&searchType=0
Nordrhein-Westfalen	http://www.lanuv.nrw.de/analytik/trinkw_rv/tw_ustellen.htm
Rheinland-Pfalz	http://lua.rlp.de/lexikon/lexikon-u/unabhaengige-stelle-nach-trinkwasserverordnung/
Saarland	http://www.saarland.de/12247.htm
Sachsen-Anhalt	http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=15264
Sachsen	http://www.gesunde.sachsen.de/5260.html

Der Unternehmer und der sonstige Inhaber einer Wasserversorgungsanlage haben gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 1 dem Gesundheitsamt unverzüglich anzuzeigen, wenn der in Anlage 3 Teil II festgelegte technische Maßnahmenwert von 100/100 ml bei dem Parameter Legionella spec. erreicht oder überschritten worden ist.

Ein Nachweis von bis zu 100 KBE/100 ml befindet sich im Toleranzbereich. Es besteht keine Notwendigkeit zur Sanierung.

Wird ein Wert bis 1000 KBE/100 ml gemessen ist grundsätzlich eine Sanierung erforderlich. Diese sollte innerhalb eines Jahres erfolgen. Weitergehende Untersuchungen zur Überwachung der Konzentration sind erforderlich.

Bei einem Wert bis zu 10.000 KBE/100 ml spricht man von einer hohen Belastung; hier ist eine kurzfristige Sanierung erforderlich.

Bei einer Verunreinigung über 10.000 KBE/100 ml wird in der Regel die Nutzung der Wasseranlage verboten bzw. eingeschränkt (z.B. Duschverbot). Eine Sanierung ist umgehend erforderlich.

Sofern das Trinkwasser an Anschlussnehmer oder Verbraucher abgegeben wird, haben gemäß § 16 Abs. 4 der Unternehmer und der sonstige Inhaber einer Wasserversorgungsanlage bei Beginn der Zugabe eines Aufbereitungsstoffes diesen und seine Konzentration im Trinkwasser unverzüglich den betroffenen Anschlussnehmern und Verbrauchern unmittelbar schriftlich bekannt zu geben. Darüber hinaus sind alle verwendeten Aufbereitungsstoffe regelmäßig einmal jährlich den betroffenen Anschlussnehmern und Verbrauchern unmittelbar schriftlich bekannt zu geben. Dies kann auch durch Aushang erfolgen.

Weitere Informationen

<http://www.dvgw.de/wasser/trinkwasser-und-gesundheit/legionellen/>